

Dialogforum II: Nachbarschaft, Begegnung, Miteinander in der Innenstadt

Thementisch 1: Sozialräumliche Integrationsleistungen (Innenstadt)

Impulsvortrag: Katrin Sen, LAG Soziale Brennpunkte Hessen, Frankfurt am Main

Katrin Sen geht in ihrem Beitrag zunächst auf den Begriff Vielfalt ein. Insbesondere Großstädte seien Orte der Vielfalt, denn sie sind Zuwanderungsmagneten. 25 Prozent aller Zuwanderer leben in den 15 größten Städten in Deutschland; dabei habe Frankfurt am Main mit ca. 50 Prozent einen im Vergleich sehr hohen Zuwandereranteil. Zuwanderung sei vor allem ein städtisches Phänomen, aber auch im ländlichen Raum steige der Anteil der Zuwanderer, nicht zuletzt durch die Aufnahme von Geflüchteten. Die Innenstädte zeichnen sich durch eine zunehmende kulturelle Vielfalt und durch eine Vielfalt an Nutzungen aus; hierzu zählen Handel, Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Wohnen. Feststellbar sei eine Überalterung der Wohnungen, aber auch der Bewohner, in der Wissenschaft spreche man häufig vom „doppelten Altern“. Gebäudeleerstände kennzeichnen mittlerweile viele Innenstädte insbesondere in den ländlichen Regionen. Die Konzentration des Einzelhandels auf großflächige Zentren führe zu einer mangelhaften Infrastrukturausstattung in den Quartieren.

Der Begriff Vielfalt wird, so Frau Sen, häufig auf Fragen von Zuwanderung und Integration reduziert. Doch Vielfalt hat sehr unterschiedliche Facetten, es geht um die Vielfalt von Lebensstilen, von sozialen Lagen und Bindungen, um unterschiedliche Werte usw. Im Kontext zunehmender Vielfalt sei die Stabilisierung „benachteiligter Quartiere“ eine zentrale Herausforderung. „Benachteiligte Quartiere“ sind häufig die Ankunftsorte für Zuwanderer, sie müssen in stärkerem Maße gesellschaftliche Integrationsleistungen erbringen. Dabei müsse man auch die Ängste der alteingesessenen Bewohnerschaft vor Verdrängung beachten. Deshalb sei es wichtig, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen – vor allem in Großstädten ein schwieriges Thema. Wichtig für die Zugewanderten ist auch der Zugang zu Arbeit und zu Bildungsangeboten. Eine weitere Herausforderung sei die Beteiligung der Bewohner an Stadtentwicklungsprozessen, sie müssten sich „mitgenommen“ fühlen. Nicht zuletzt gehe es auch um die Stabilisierung und Stärkung der Handels- und Gewerbestruktur.

Frau Sen sieht aber nicht nur Herausforderungen, sondern auch Chancen: Durch die Zunahme der kulturellen Vielfalt werden Quartiere neu belebt, werden neue Angebote ermöglicht. Mit neuen Arbeitskräften kann dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Dabei gelte es Multiplikatoren einzubinden und Ressourcen zu bündeln.

Beispielhafte Projekte, die im Quartier umgesetzt werden können, sind Beteiligungsprojekte z.B. in Form von Zukunftswerkstätten, aktivierende Befragungen, die gemeinsame Gestaltung des Wohnumfeldes oder auch Stadtteilbudgets für kleine Projekte in Eigenverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner. Solche Projekte lassen sich sehr gut im Rahmen der Gemeinwesenarbeit umsetzen. Die Projekte sollten niedrigschwellig angelegt sein und unbürokratische Zugänge sowie die schnelle Sichtbarkeit von Erfolgen ermöglichen.

Sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen wird ein Mangel an Begegnungsmöglichkeiten beklagt. Für eine erfolgreiche Integration seien deshalb die Initiierung von Beratungs- und Austauschmöglichkeiten und die Einrichtung so genannter Kommunikationszonen, z.B. in Form von Stadtteil-Cafés, von großer Bedeutung. Darüber hinaus müsse man gemeinsame Regeln und Normen für das Zusammenleben in einer Nachbarschaft definieren, verabreden und für alle publik machen. Zur Vermeidung und Schlichtung von Konflikten können Haus- und Siedlungsbetreuer eingesetzt werden. Für die Koordination und Vernetzung der Aktivitäten habe sich, vor allem im Rahmen der Sozialen Stadt, der Einsatz von Quartiers- oder Stadtteilmanagements bewährt.

In ihrem Fazit hebt Frau Sen hervor, dass die professionelle Gestaltung von Quartieren und Nachbarschaften zunehmend an Bedeutung gewinnt. Voraussetzung seien vor allem der politische Wille und entsprechende Fördermöglichkeiten, um Nachbarschaften zu stärken. Wichtig sei, dass neben Projekten dauerhafte Strukturen mit verlässlichen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Im Zentrum müssten die gesellschaftliche Öffnung und Begegnung stehen, um Vorurteile und Ängste

abzubauen. Der Fokus muss auf den Ressourcen und Gemeinsamkeiten der Bewohnerschaft liegen. Dabei gehe es um die gleichberechtigte Anerkennung der unterschiedlichen individuellen Ressourcen und Kompetenzen, um starre Gruppenzugehörigkeiten und -zuweisungen der Bewohnerinnen und Bewohner aufzuweichen.

Diskussion

Eine breite Debatte nahm die Potenzial- oder Defizitorientierung ein. So stellte Herr Keim zu Beginn die Frage, ob mit dem Blick auf die Ressourcen und Potenziale nicht die Hindernisse zu stark vernachlässigt werden. Er denke dabei an kulturelle Vorbehalte, die das Agieren im öffentlichen Raum erschweren. Es gebe Milieus (einheimische und zugewanderte), die einfach nicht aktivierbar seien. Offenheit könne man nicht per se voraussetzen. Dieses Problem sollte explizit benannt werden, dies auch, um Lösungen finden zu können.

In diesem Zusammenhang wurden die Projekt- und Förderlogiken kritisiert. Die Projekte müssten defizitorientiert beantragt werden, denn ohne Problemdefinition gebe es keine Förderung. Man spricht zwar nicht mehr von sozialen Brennpunkten, heute nennt man diese „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, was aber ähnlich stigmatisierend sei. Doch man benötige diese Zuschreibungen aufgrund der Antragslogik der Förderprogramme: Gibt es kein Problem, dann gibt es auch kein Geld! Auch eine ehrliche Bewertung der Projekte sei nicht möglich, denn will man weiterhin Fördermittel erhalten, müssen die Ergebnisse immer positiv sein.

Ein weiteres Problem sei die Parallelität von Projekten, es gebe eine Vielzahl an Machern und Akteuren. Diese Parallelität resultiere aus dem Druck der Refinanzierung in der sozialen Arbeit. Man müsse sich ständig auf Projekte bewerben, um die eigene Stelle zu erhalten. Projekte würden ein bis drei Jahre laufen, und in dieser Zeit müsse man sich bereits um eine Anschlussförderung für ein neues Projekt kümmern. Das Problem der „Projektitis“ ziehe sich seit Jahren durch den gesamten Integrationsdiskurs, und bisher habe sich nichts geändert. Die Arbeit vor Ort ist auf Bundes- und Landesprogramme angewiesen, was die Passgenauigkeit und Flexibilität der lokalen Angebote einschränkt. Die Arbeit im Bereich Integration basiere sehr stark auf Vertrauen. Der Aufbau von Vertrauen kostet Zeit und ist mit zeitlich befristeten Projekten immer gefährdet. Das Wegbrechen vertrauensbildender Strukturen nach Ablauf der Finanzierung schwächt die Praxis und deren Effektivität.

Ein weiteres Thema war die Einbindung der Bewohnerschaft. Man beachte zu wenig, dass viele an den Projekten nicht teilhaben, weil es an einer passenden Ansprache fehlt. Frau Sen betonte, dass man sich im Klaren darüber sein muss, nicht alle erreichen zu können. Gleichwohl sollte man versuchen, möglichst viele anzusprechen. Dafür brauche man eine „Gehstruktur“, eine direkte persönliche Ansprache und Kontakt. Hilfreich seien dabei Multiplikatoren bzw. Kultur- und Sprachmittler. Über diese könne man Menschen gut erreichen, doch dies sei häufig schwierig und zeitlich aufwendig. Voraussetzung sei, dass man das Quartier und seine Bewohnerschaft sehr genau kennt, um den Bedarf beurteilen und entsprechende Angebote entwickeln zu können. Für die verschiedenen Gruppen benötige man unterschiedliche Angebote, daher müsse man sich auch Gedanken über neue Kommunikationsformen und -formate machen. Gerade im ehrenamtlichen Bereich sei man auf die „Macher“ angewiesen. Brechen diese weg, sei das nur schwer auszugleichen. Dies sei momentan im Flüchtlingsbereich deutlich negativ spürbar.

Herr Doerk kritisiert die Fokussierung auf das Wording und verweist auf die Bedeutung von Bedarfsanalysen im Rahmen der Erarbeitung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten. In Bielefeld habe man in vier Quartieren als Grundlage der Bedarfsermittlung Befragungen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt (Klingeln an jeder Haustür, Antwortquote von durchschnittlich 22 Prozent). Diese Form der Bedarfs-ermittlung hat sich als hilfreiches Instrument erwiesen und ist für Projektanträge gut verwertbar. In die Bedarfsermittlung könne man auch die örtlichen Hochschulen einbinden. Befragungen seien ein gutes Lernfeld für Studierende.

Auf der anderen Seite wurden die positiven Effekte der Projektarbeit hervorgehoben. Sie fördert Lerneffekte, da man sich im Rahmen der Antragstellung vertieft mit der Problemsituation auseinandersetzen und die eigene Arbeit reflektieren muss. Diese Selbstevaluation führe zu sozialen Innovationen und Qualitätssteigerung. Mit der Projektarbeit gehe auch eine gewisse Dynamik einher. Negativ sei allerdings, dass gute und bewährte Projekte nach der Förderung häufig nicht in die kommunalen Regelstrukturen überführt werden können.

Herr Eichert kritisiert, dass die „Projektitis“ auf einem großen Selbst- und Fremdbetrug basiert, denn die Träger vor Ort würden ihre Projekte so trimmen, dass sie ihre bisherige Arbeit einfach weiterführen können. Aus Sicht der Ministerien kann es so nicht weitergehen. Die Ausgangsphilosophie für Förderangebote sei, dass diese die vorhandene Praxis qualifizieren und Lerneffekte auslösen sollen. Der Abstand zwischen Theorie und Praxis sei aber mittlerweile sehr groß.

Er plädiert dagegen für die Koproduktion örtlicher Wohlfahrt. Man müsse sich vor Ort darüber verständigen, was man will, was man kann und mit welchen Instrumenten man die Ziele erreicht. Würde man sich auf diese Frage vor Ort ernsthaft einlassen, könnten - auch durch die Einbindung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft - ganz neue Handlungsfelder und Ressourcen erschlossen werden. Es gebe keinen Weg an einer solchen Debatte vor Ort vorbei, auch wenn sie schwierig ist.

Im weiteren Diskussionsverlauf wird die Sozialraumorientierung sozialer Träger angesprochen. Behinderten- und Altenhilfeträger richten ihre Konzepte zunehmend auf den Sozialraum aus und treten dort auch als Investoren auf, indem sie Gebäude aufkaufen und für ihr Klientel herrichten, z.B. im Bereich des behinderten- oder altengerechten Wohnens. Unter dem Gesichtspunkt der Inklusion spielt die Dezentralisierung im Bereich der Behindertenhilfe eine große Rolle. Kleinräumige Versorgungsnetze in der Altenhilfe können den Quartiersansatz unterstützen, so Herr Lehmann aus Schwäbisch Gmünd. Dort wird die Quartiersarbeit in der Innenstadt über einen Altenhilfeträger organisiert.

Die Runde ist sich einig: Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung gelingt nicht ohne Koordination. Mit dieser kann auch dem Problem der Doppelstrukturen in der sozialen Arbeit begegnet werden. Die Steuerung müsse in der Hand der Kommune liegen. Die Koordinationsfunktion sollte auch der Initiierung von Projekten dienen. Es brauche Hauptamtlichkeit, denn das Ehrenamt dürfe nicht überfordert oder mit Anforderungen überfrachtet werden. Etliche Kommunen haben durch den Aufbau einer Ehrenamtsbörse Transparenz und Orientierung im Freiwilligenbereich geschaffen. Angesprochen wird auch das Fehlen einer übergreifenden Zusammenarbeit der Träger. Es komme darauf an, alle Träger, die in einem Quartier aktiv sind, an einen Tisch zu holen und den Austausch zu organisieren (Runde Tische). Die Vernetzung und die Bündelung von Ressourcen und Potenzialen seien ein Grundpfeiler erfolgreicher Quartiersarbeit. Zur Professionalisierung der Kooperation und Koordination gibt es in Nordrhein-Westfalen das neue Landesprogramm „Einwanderung gestalten NRW“, an dem zwölf Modellkommunen beteiligt sind.

Herr Pütter aus Germersheim spricht das Problem an, dass insbesondere katholische Träger im Unterschied zu anderen konfessionellen Trägern weniger offen sind. Dieses Phänomen wird auch in anderen Städten beobachtet. In der Runde ist man sich einig, dass gerade in der sozialraumorientierten Arbeit die Angebote für alle geöffnet sein sollten und keine Konfession ausgeschlossen werden sollte. In den meisten Quartieren klappe es aber eigentlich ganz gut, dass die konfessionsgebundenen Träger und Verbände zusammenarbeiten (z.B. Caritas und Diakonie). Die Kirchen öffnen sich wohl auch deshalb, weil sie ihre Angebote an Seelsorge und Gemeindegemeinschaft nicht mehr in der bisherigen Form aufrechterhalten können, denn auch in ihrem Bereich brechen Ehrenamtsstrukturen weg.

Fazit: Es bedarf einer stabilen Grundstruktur mit Verlässlichkeit in den Quartieren. Gleichzeitig müssen innovative soziale Modelle und Projekte ermöglicht werden. Dabei muss es aber auch die Chance geben, gute Projekte, die sich bewährt haben, weiterzuführen. Die Entscheidung, welches Projekt weitergeführt werden soll, kann nur in Zusammenarbeit und Koproduktion aller erfolgen.